

BAYERN vorwärts

WWW.BAYERNVORWAERTS.DE



IMPULS

Barbara J. Th. Schmidt,
Leiterin MISEREOR in Bayern

STATT MORAL DISTANCING BRAUCHT ES JETZT EINEN GESETZLICHEN RAHMEN

Seit Frühjahr diesen Jahres hat CoVID-19 die Welt fest im Griff. Wirtschaftliche Kreisläufe auf regionaler und globaler Ebene sind unterbrochen oder massiv eingeschränkt. In vielen Ländern kämpfen Menschen nicht nur um ihre Gesundheit, sondern um ihre Existenz. Dies hat mit unseren Lieferketten und fehlender Verbindlichkeit von menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten zu tun wie bspw. Näherinnen in Bangladesch oder die Zerstörung indigener Territorien in Brasilien zeigen.

In ihrem Koalitionsvertrag hatte die Bundesregierung angekündigt, gesetzgeberisch tätig zu werden, wenn sich weniger als die Hälfte der Unternehmen freiwillig an menschenrechtliche Standards halten. Trotz massiver Einflussnahme der Wirtschaftslobby auf eine Menschenrechtsbefragung der Bundesregierung ist der überwiegende Teil der deutschen Unternehmen auch im Juli 2020 beim sogenannten „NAP-Monitoring“ durchgefallen.

Die Bundesregierung muss jetzt mit einem eigenen Beschluss für ein deutsches Lieferkettengesetz Farbe bekennen und im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft den Prozess zu einer europaweiten Regelung voranbringen. Gerade die Corona-Krise führt uns die Notwendigkeit vor Augen, Lieferbeziehungen verantwortungsbewusst und resilient zu gestalten.

Bundesarbeitsminister Heil und Bundesentwicklungsminister Müller haben einen Gesetzesentwurf angekündigt. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel sagt, dass der Koalitionsvertrag nun erfüllt werden müsste. Doch Bundeswirtschaftsminister Altmaier blockiert weiter. Dabei ist jedes Unternehmen, welches seine menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten verletzt, eines zu viel.

Mit einem ambitionierten Lieferkettengesetz in Deutschland würde die Bundesregierung die Debatte um Standards auf europäischer Ebene entscheidend prägen und die Basis für eine Vorreiterrolle hiesiger Unternehmen bereiten.

Ein deutsches Lieferkettengesetz ist kein Schnellschuss und kein Akt der Gnade. Es ist eine Verpflichtung im Koalitionsvertrag und eine Umsetzung der UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte. Schreiten wir „mutig voran“ und schieben als deutsche Politik und Gesellschaft nicht die Verantwortung auf andere ab. Eine E-Mail Kampagne (näheres unter lieferkettengesetz.de) versucht Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier zu überzeugen.

Wir brauchen einen gesetzlichen Rahmen um der Menschen willen – jetzt! ■

Die im September 2019 gegründete Initiative Lieferkettengesetz eint 100 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen sowie Gewerkschaften und kirchliche Akteure. MISEREOR gehört zu den Trägerorganisationen des Bündnisses. Mehr unter: misereor.de | lieferkettengesetz.de

HANS-JOCHEN VOGEL: TITAN DER DEUTSCHEN POLITIK

Ein Nachruf von Bernhard Taubenberger

Es war, als habe das politische Deutschland in selten gewordener Einmütigkeit noch einmal den Atem angehalten: In München war, angesichts seines Alters und seiner Krankheit nicht völlig überraschend, ein 94 Jahre alter Mann gestorben, der seine Ämter bereits vor Jahrzehnten abgelegt hatte, im Ringen um eine gerechte und solidarische Gesellschaft aber dennoch unverändert präsent geblieben war. Hans-Jochen Vogel war außer Kanzler alles gewesen, was man in der bundesrepublikanischen Politik nach 1949 werden konnte: Bundestagsabgeordneter, Fraktionsvorsitzender, Parteivorsitzender, Ober- und Regierender Bürgermeister zweier Großstädte, Bundesminister in den Kabinetten Brandt und Schmidt. Aber einer wie er brauchte kein Partei- oder Regierungsamt, um Gehör zu finden. Er verschaffte sich die Aufmerksamkeit, die er wollte, mühelos auf einem anderen Weg – kraft der Autorität seiner Person, der Untadeligkeit seines Rufs und der Brillanz seiner Intellektualität.

In der deutschen, der bayerischen, der Münchner Politik war Hans-Jochen Vogel ein Titan. Einer, der kein Gewese um sich machte und gerade deshalb umso titanenhafter erschien. Ihm ging es – bei allem Bewusstsein um sein Können – nicht um die eigene Person und schon gar nicht um den eigenen Vorteil, sondern immer um die Sache. Sein München erhielt dadurch für zwölf prägende Jahre einen Oberbürgermeister, der die Landeshauptstadt durch die mutige „Aufweitung einer bislang eher hausväterlich-sparsamen Stadtpolitik“ – so der Historiker Richard Bauer – für die Moderne rüstete, ohne sie zur gesichtslosen Allerweltsstadt verkommen zu lassen. Schon in dieser Zeit, vor einem halben Jahrhundert, entwickelte er seine Vorstellungen von einer gerechten Bodenordnung, die er im vergangenen Jahr unter größter Kraftanstrengung noch einmal zu Papier und damit wirkungsstark in den öffentlichen Diskurs einbrachte. Für uns Sozialdemokrat*innen ist diese Initiative bleibender Auftrag.



In seinen letzten Lebenstagen hat Hans-Jochen Vogel eine Erklärung verfasst. Sein darin enthaltener Appell: „Sorgen Sie dafür, dass Deutschland bleibt, wofür wir gekämpft haben.“ Dieser Satz ist Hans-Jochen Vogels Vermächtnis an alle Demokrat*innen unseres Landes. In besonderem Maße ist er das für die Sozialdemokratie: Er fasst präzise zusammen, warum es auch in Zukunft eine starke, selbstbewusste SPD braucht, die Trutzburg ist gegen Demokratieverachtung, Intoleranz, Ungerechtigkeit, und die wichtige Weichen stellt, wenn es um ein menschliches und solidarisches Miteinander in unserem Land geht. Man kann sich gut vorstellen, wie der „Doktor Vogel“ dazu verschmitzt mahnend hinzufügt: Und deshalb hast du, meine liebe SPD, kein Recht, zu verzagen und zu verzweifeln.

Maßgebend als Vorbilder seien ihm Willy Brandt, Helmut Schmidt, Herbert Wehner und Waldemar von Knoeringen gewesen, hat Hans-Jochen Vogel in seiner Erklärung abschließend festgehalten. Dies veranlasst den Autor dieser Zeilen zu einer respektvollen Korrektur: Als Vorbild für unsere und für künftige Generationen von Demokrat*innen und insbesondere Sozialdemokrat*innen steht Hans-Jochen Vogel, alle ihre Vorzüge in sich vereinend, in einer Reihe mit dem visionären Versöhner Brandt, dem unerschrockenen Pragmatiker Schmidt, dem leidenschaftlichen Parlamentarier Wehner und dem lauterem Bildungsreformer von Knoeringen.

Wir verneigen uns in Dankbarkeit und Zuneigung vor einem großen, erfüllten Leben. ■



DREI FRAGEN

3

FOTO: SZABO

PROF. DR. THOMAS BEYER,
VORSITZENDER DES ARBEITERWOHLFAHRT
LANDESVERBANDS BAYERN E.V.

Die Arbeiterwohlfahrt und der Bund Naturschutz in Bayern haben ein Diskussionspapier mit dem Titel „Sozial-ökologische Wende – Jetzt“ vorgelegt. Wieso diese beiden Partner?

Weil wir beide von unterschiedlichen Ausgangspunkten zu einer ganz ähnlichen Überzeugung gelangt sind: Nachhaltigkeit wird ohne mehr Gerechtigkeit nicht zu verwirklichen sein und umgekehrt. Für unsere Zukunft ist der stärkere Schutz von Natur und Umwelt unverzichtbar. Das setzt eine andere Verteilung von Ressourcen in der Gesellschaft voraus. Wenn wir etwa bei Miete und Mobilität diejenigen immer mehr belasten, die ohnehin wenig haben, wie soll da die Energie- oder Verkehrswende gelingen?

Und wieso gerade jetzt?

Bislang hat die Pandemie das Handeln bestimmt. Jetzt müssen wir in den Blick nehmen, wie wir unsere Gesellschaft in der Zeit nach und mit den Erfahrungen von Corona gestalten wollen. Dafür werden jetzt die Weichen gestellt, zum Beispiel mit den milliardenschweren Hilfspaketen. Dafür drohen künftig Kürzungen gerade bei Ökologie und Sozialem. Corona hat den Klimawandel nicht gestoppt und Corona belastet vor allem die wirtschaftlich Schwächeren. Verantwortliche Politik muss endlich in Zusammenhängen denken lernen.

Das Diskussionspapier will auch die Zivilgesellschaft stärken. Warum ist das gerade jetzt so nötig?

In der akuten Krise herrschte das Primat der Exekutive: Es wurde nicht diskutiert, weder in den Parlamenten noch in der Gesellschaft, es wurde oft an diesen vorbei schlicht vorgegeben. Die aktuelle Veränderung des gesellschaftlichen Klimas zeigt, dass hier schnell wieder eine Umkehr erfolgen muss. Parlamente wie Zivilgesellschaft müssen ihre Aufgaben wieder wahrnehmen. Hier liegt auch die besondere Verantwortung großer Mitgliederverbände wie Bund Naturschutz und AWO. Wir nehmen sie an. ■

awo-bayern.de
bund-naturschutz.de

#6JAHREMIETENSTOPP WIRD WAHLKAMPFTHEMA KOHNEN: „WOHNEN – SOZIALE FRAGE DES 21. JAHRHUNDERTS“

Mitte Juli haben die neun Richter*innen am Bayerischen Verfassungsgerichtshof die Zulassung des Volksbegehrens **#6JahreMietenstopp** mit 6 zu 3 Stimmen abgelehnt – begründet mit der mangelnden Gesetzgebungskompetenz der Länder. BayernSPD-Vorsitzende **Natascha Kohnen**, Mitinitiatorin des Volksbegehrens, zeigt sich kämpferisch angesichts des nicht eindeutigen Urteilspruchs und stellt klar: „Wohnen ist ein Grundrecht und längst die soziale Frage des 21. Jahrhunderts geworden. Wir sind weder juristisch noch politisch geschlagen. Wir werden das Thema zur harten Kampflinie bei der kommenden Bundestagswahl machen. Dafür hat die SPD bei ihrem letzten Bundesparteitag bereits den Weg bereitet.“

„Wohnen ist ein Grundrecht“

Rechtlich geht das Bündnis Mietenstopp nun den nächsten Schritt nach Karlsruhe vor das Bundesverfassungsgericht. Mitte August wurde dort Verfassungsbeschwerde eingelegt, um die Aufhebung des Urteils des Bayerischen Verfassungsgerichtshof zu erreichen. ■

mietenstopp.de

BETREUUNGSKILLER ROTZNASE: BAYERNSPD FORDERT LÖSUNGEN IN DER ERKÄLTUNGSSAISON

Familien sind während des Corona-Lockdowns bereits an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gekommen, weil Kinder monatelang keine Einrichtung besuchen konnten. Nun droht vielen Familien eine Art saisonaler Dauer-Lockdown, weil schon einfache Erkältungssymptome reichen, um Kinder von der Betreuung auszuschließen. Die BayernSPD kritisiert, dass es für Eltern nach wie vor keine belastbare Lösung dieser Problematik gibt und fordert: Familien dürfen nicht zu den Verlierern der Corona-Pandemie werden, indem sie zwischen Infektionsschutz, Arbeitgeber, Kita und Alltag zerrieben werden. „Wir brauchen jetzt eine praktikable Lösung, bevor die Erkältungswelle im Herbst zuschlägt.“

BayernSPD-Vorsitzende **Natascha Kohnen** sieht Handlungsbedarf zunächst bei der Anzahl von Kranktagen, die Arbeitgeber für die Betreuung kranker Kinder gewähren: „Eltern brauchen eine deutlich erhöhte Anzahl an Kinder-Kranktagen, um Kinder mit leichten Erkältungssymptomen zu Hause betreuen zu können.“

BayernSPD-Generalsekretär **Uli Grötsch** kritisiert zudem, dass die Staatsregierung es versäumt habe, neben strengen Hygieneauflagen auch ein Stück gesunden Menschenverstand bei der Bewertung der Kita-Tauglichkeit von Kindern walten zu lassen: „Herr Söder preist seinen umsichtigen Kurs in der Corona-Krise, aber wenn Kinder mit leichten Erkältungssymptomen trotz negativen Corona-Test wieder heimgeschickt werden, zeigt das, dass das Konzept der bayerischen Staatsregierung an diesem Punkt nicht durchdacht ist.“

Auch die Einrichtungen selbst bräuchten dringend verlässliche und vernünftige Verhaltensregeln an die Hand, um angemessen auf leicht erkältete Kinder zu reagieren. „Hier muss die bayerische Familienministerin jetzt endlich reagieren!“ ■



FOTO: SUSIE KNOLL

SCHULE UND DIGITALISIERUNG: „VON TURBO KANN NICHT DIE REDE SEIN“

SPD-Fraktionschef **Horst Arnold** begrüßt die Ergebnisse des Schul-Digitalisierungsgipfels, der bereits im Juli in der Bayerischen Staatskanzlei stattfand. Zugleich mahnt er an, dass die Staatsregierung nun Wort halten und die Schulen und die Kommunen verlässlich unterstützen müsse: „In der Vergangenheit mussten wir leider immer wieder erleben, dass der bayerische Motor sehr schnell wieder ins Stocken geriet – zum Beispiel weil die Fördermaßnahmen für die Kommunen viel zu kompliziert und aufwändig waren und die Mittel deshalb nur sehr zögerlich abgerufen wurden.“ Insbesondere bei den Systemadministratoren und der Weiterbildung der Lehrkräfte sieht Arnold noch Verbesserungspotential. „Es sollen 600 neue Administratoren-Stellen geschaffen werden. Angesichts von 6.000 Schulen in Bayern ist das nicht ausreichend.“ Auch was die Lehrerbildung im Digitalbereich angeht, bleibe die Staatsregierung hinter den Erwartungen zurück, betont Arnold. Hier sollen laut Söder 100 Lehrkräfte herangezogen werden, die andere Lehrkräfte online schulen. „Wir haben in Bayern rund 150.000 Lehrerinnen und Lehrer. Auch wenn sicherlich nicht alle eine Fortbildung brauchen, wie soll das funktionieren?“

Gerade die Corona-Krise führe ganz deutlich vor Augen, dass sich die Probleme bei der Digitalisierung an Bayerns Schulen unmittelbar auf die Bildungsgerechtigkeit auswirkten. „Aus der digitalen Spaltung wird rasch eine soziale Spaltung. Dies gilt es zu verhindern!“ Die SPD-Landtagsfraktion dringt bereits seit langem darauf, Bayerns Schulen fit zu machen für die digitale Bildung. Alle ihre Anträge und Pressemitteilungen hierzu gibt es unter bayernspd-landtag.de ■

DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

NOICHL & ERTUG: FÜR EIN NACHHALTIGES, DIGITALES UND SOLIDARISCHES EUROPA

Die bayerischen SPD-Europaabgeordneten **Maria Noichl** (Rosenheim) und **Ismail Ertug** (Amberg) haben hohe Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis Ende des Jahres 2020:

Mehr Transparenz wagen

Maria Noichl gehört zu einer Gruppe von knapp 100 Abgeordneten, die in einem parteiübergreifenden offenen Brief fordern, Transparenz bei der politischen Interessenvertretung und in der Gesetzgebung zu einem zentralen Anliegen der Ratspräsidentschaft zu machen.

Gerade jetzt, wo in Europa viele Milliarden Euro im Zuge der Corona- und auch der Klimakrise neu verteilt würden, gebe es viele Interessenvertreter*innen, die Einfluss nehmen wollten auf die Verteilung der milliardenschweren Wirtschaftshilfen. „Gerade jetzt ist ein transparenter Entscheidungsprozess umso wichtiger“, so Noichl. Die Wiederaufbauprogramme müssten nun auf soziale Gerechtigkeit, Solidarität zwischen

den Mitgliedstaaten sowie auf ökologische und nachhaltige Ziele ausgerichtet werden.

Undemokratische Praktiken beenden

„Treffen hinter verschlossenen Türen, nicht veröffentlichte Protokolle, geheime Lobbytreffen und Industrie-Sponsoring: Deutschland hat nun die Chance, solche undemokratischen Praktiken während seiner Ratspräsidentschaft zu beenden. Wir brauchen Transparenz in den politischen Entscheidungsprozessen und im Lobbyismus in Brüssel und in Berlin. Die Bürger*innen von Europa verdienen es zu wissen, wofür ihre gewählten Repräsentant*innen kämpfen und von wem sie beeinflusst werden.“

Green Deal muss kommen

Zum Start der EU-Ratspräsidentschaft konterte Ismail Ertug als stellvertretender Vorsitzender der S&D-Fraktion die Pläne der Konservativen, den Green Deal



FOTO: ©EUROPEAN UNION, 2020



FOTO: MARIA NOICHL

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Netz:

Homepage: parleu2020.de

Twitter: [@parleu2020de](https://twitter.com/parleu2020de)
#parleu2020de

YouTube: [parleu2020de](https://www.youtube.com/parleu2020de)

aufgrund der Corona-Pandemie auf Eis zu legen: „Natürlich steht im Moment alles unter der Überschrift Corona. Die Bundesregierung muss jetzt aber trotzdem in ihrer Ratspräsidentschaft wichtige Weichen stellen für ein soziales, nachhaltiges und solidarisches Europa: Klimaschutz, Digitalisierung, stärkere soziale Schutzstandards und der Umgang mit antidemokratischen Tendenzen und geopolitischen Verschiebungen sind Herausforderungen, die nicht warten.“

Und wenn die Konservativen nun den Green Deal einfrieren wollten, dann sei dies grob fahrlässig, so Ertug: „Jetzt in eine klimaneutrale Wirtschaft und klimafreundlichen Transport investieren und die Digitalisierung sozial gestalten: Das sind Anstrengungen, die sich auszahlen werden. So machen wir Europa krisenfest. Und ein krisenfestes Europa nutzt nicht zuletzt uns in Bayern mit unserer starken Exportwirtschaft.“ ■

maria-noichl.eu
ertug.eu

ANZEIGE

DAS BAYERNVORWÄRTS-KALEIDOSKOP

„Offensive Chancengleichheit“

Die Folgen der Corona-Krise als Beschleuniger sozialer Ungleichheit betreffen Kinder, Familien, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung in ganz besonderer Weise. Ein Zustand, den die BayernSPD so nicht hinnehmen will: „Wir brauchen jetzt eine ganze Reihe von Maßnahmen, damit diese Gruppen nicht zu den Verlierern der Krise werden“, sagt BayernSPD-Vorsitzende **Natascha Kohnen**.



Start der Sommertour in der Schwabacher Sprachkita mit Oberbürgermeister Peter Reiß und Stadtrat Knut Engelbrecht.

Während ihrer Sommertour, die die BayernSPD unter das Motto „Offensive Chancengleichheit“ stellte, besuchten Natascha Kohnen und BayernSPD-Generalsekretär **Uli Grötsch** deshalb Bürgermeister*innen, Stadt- und Gemeinderät*innen und Projekte in ganz Bayern. Vor Ort sprachen sie mit Lehrkräften, Bürger*innen und Kommunalpolitiker*innen, was sich nach der Krise in Sachen Betreuung, Teilhabe, Bildung und finanzielle Ausstattung von Kindern, Familien, Alleinerziehenden und Menschen mit Behinderung ändern muss. „Es ging uns vor allem darum, miteinander ins Gespräch zu kommen und genau hinzuhören und zu sehen, wo die Krise ihre Spuren im Leben der Menschen hinterlassen hat. Wir werden als BayernSPD dafür kämpfen, dass keiner abgehängt wird“, so Kohnen.



Natascha Kohnen und Uli Grötsch mit Martina Fehlner, MdL, und dem Oberbürgermeister von Aschaffenburg Jürgen Herzing im Sozialkaufhaus der Diakonie Aschaffenburg.

Zum Auftakt der Tour am 30. Juli reisten Kohnen und Grötsch nach Mittelfranken und besuchten dort unter anderem das Nürnberger Integrationsprojekt noris-inklusion. Weitere Stationen im August waren Bamberg, Zeil am Main, Sand am Main, Aschaffenburg, Oettingen in Bayern und Alerheim. Der letzte Stopp im August ist die Oberpfalz. Weitere Termine werden noch Anfang September folgen. Mehr zur Sommertour und den einzelnen Terminen gibt es aktuell auf allen Social Media Kanälen der BayernSPD.

Kampagne #gleichAuf gestartet

Als Antwort auf die Corona-Krise und den damit einhergehenden Herausforderungen für bspw. Frauen und systemrelevante Berufe hat die BayernSPD den beschlossenen Antrag aus dem Landesvorstand zum Anlass genommen und die Kampagne #gleichAuf für mehr Chancengleichheit ins Leben gerufen. Wer Social Media nutzt und BayernSPD



Mehr Ausstattung und Bildungskonzepte für mehr Chancengleichheit.

abonniert hat, kann die visualisierten Forderungen nicht übersehen. „Teilen, kommentieren, Hashtag setzen – nur, wenn möglichst viele Mitglieder sich ein-zwei Minuten Zeit hierfür nehmen, gewinnt die Kampagne und unsere Forderungen Aufmerksamkeit“, betont **Uli Grötsch**. Die gleichstellungspolitischen Antworten auf die Corona-Krise umfassen unter anderem die Bereiche Bildung, systemrelevante Berufe, Gleichberechtigung und Familie. Zu jedem Bereich stellt die BayernSPD konkrete Forderungen, wie z. B. Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen für systemrelevante Berufe, mehr Unterstützung für Alleinerziehende, Abschaffung des Ehegattensplittings und eine generelle Arbeitszeitreduzierung bei vollem Lohnausgleich. Die Aktion findet ihr auf der Facebook-Seite der BayernSPD oder unter dem Hashtag #gleichAuf.

bayernspd.de/programm/positionen

Neues aus der Abteilung Kampagne

„Was Uli sagt ...“ So heißt der neue Video-Blog von **Uli Grötsch** auf Facebook. Alle zwei Wochen veröffentlicht unser Generalsekretär ein Video und berichtet, was ihn die Woche so bewegt hat. Und „Was Uli fragt ...“ heißt Uli's neuer Live-Stream auf Facebook, in dem er sich regelmäßig mit interessanten Personen aus Politik, Kultur und Wissenschaft austauscht. #DieBayernDates und weitere neue Formate sind der Beweis, dass obwohl politischer Dialog in Corona-Zeiten zunehmend in den digitalen Raum verlagert wird, der persönliche Kontakt – wenn auch mit Abstand – wichtig ist. So laufen auch die Vorbereitungen für den ersten **digitalen Kleinen Parteitag** auf Hochtouren. **Save the Date:** Das Ergebnis könnt Ihr am **12. September** auf bayernspd.de erleben.



Interessante Gespräche an ungewöhnlichen Orten: Das ist das Konzept von „Was Uli fragt ...“

DIE SGK – EIN GEWINN FÜR KOMMUNALPOLITIKER*INNEN

SGK

Kommunalpolitiker*in und noch nicht Mitglied in der SGK? Das sollte nicht sein. Denn die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern e.V. (SGK) ist das große Unterstützungsnetzwerk für alle engagierten Kommunalpolitiker*innen, die sich der Sozialdemokratie und ihren Werten verpflichtet fühlen. „Wir vertreten die Interessen der kommunalen Basis inner- und außerhalb der BayernSPD. Und wir sind Dienstleister für unsere Mitglieder“, so **Svenja Bille**, Geschäftsführerin der SGK Bayern.

Die SGK bietet ihren Mitgliedern: Informationen zu kommunalen Fragestellungen, inhaltliche und organisatorische Hilfestellungen bei Problemen vor Ort, die Vermittlung von Referent*innen, die Unterstützung bei Wahlkämpfen, Fortbildungsmöglichkeiten, E-Mail-Newsletter, den Austausch von Musteranträgen, Reden und Grußworten, Beratung in kommunalpolitischen Fragestellungen und nicht zuletzt den Bezug der DEMO, des größten deutschen Kommunalmagazins mit einem ausführlichen bayerischen Regionalteil. Mitglied werden können ganze Fraktionen oder Einzelpersonen. Kommunalpolitiker*in und noch nicht Mitglied in der SGK? Das sollte man schnell ändern, denn die Vorteile liegen auf der Hand und der Mitgliedsbeitrag ist geringer als man denkt!

bayernsgk.de | bundessgk.de | demo-online.de

AUS DER PARTEI

NEUE MITARBEITER*INNEN

In den letzten Wochen hat es einige Änderungen bei den Hauptamtlichen der BayernSPD gegeben: Seit Juli ist **Giulia Bahms** in der Geschäftsstelle Passau beschäftigt und **Johann Aichinger** in der Geschäftsstelle in Straubing. Seit August arbeitet **Annegret Diehl** in der Geschäftsstelle Kempten. Auf gute Zusammenarbeit und herzlich willkommen im Team!

IMPRESSUM BAYERN VORWÄRTS

CvD: Marco Schneider, **Redaktion:** Franziska Baumann, Anna Huber, Steven Kalus, Helga Kindler, Özge Jacobsen, Marco Schneider, **V.i.S.d.P.:** Anna Huber
Grafik: Sara Hoffmann-Cumani, Brigitte Voit
Anschrift: Oberanger 38 | 80331 München, Tel. 089 231711-0 | Fax 089 231711-38
vorwaerts@bayernspd.de